

# **Rede von Arbeitgeberpräsident Dr. Jörg Brückner anlässlich des VSW-Neujahrsempfangs am 11.01.2023**

Es gilt das gesprochene Wort.

---

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Frau Staatsministerin,  
sehr geehrte Herren Staatsminister (und Staatssekretäre),  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Gäste,

seien Sie herzlich willkommen zum Neujahrsempfang der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft!

Ich freue mich, dass Sie nach zweijähriger, erzwungener Pause unserer Einladung gefolgt sind und wir heute wieder in bewährter Weise die Chance haben, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Der Jahresauftakt ist traditionell verbunden mit bestimmten Erwartungen und Hoffnungen für das neue Jahr. Möge Ihnen gelingen, was Sie sich privat und beruflich vorgenommen haben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Ihren Mitarbeitern vor allem Zuversicht, Glück und Schaffenskraft. Insbesondere enthält mein Wunsch für dieses Jahr, eigentlich drei völlig ganz normale wichtige Dinge, die wir dringend benötigen: Frieden, Gesundheit und Erfolg

Bisher waren das doch eher allgemeine Floskeln. Die Kriege der letzten Jahre waren mit Ausnahme des Balkankriegs Anfang der neunziger Jahre weit weg. Und plötzlich hat dieser Neujahrswunsch eine bedrückende Aktualität bekommen. Der Krieg in der Ukraine ist ein Irrsinn und völlig inakzeptabel.

Er zwingt uns zu einer Neubewertung in vielen Punkten. Letztlich stellt sich auch die Frage, was uns der Frieden wert ist und welchen Preis wir bereit sind, dafür zu bezahlen? Damit sind natürlich die monetären Verteidigungsausgaben gemeint, aber auch die Frage: Welche Position zu Krieg und Frieden vertreten wir?

Ich bin unseren Ministerpräsident Michael Kretschmer sehr dankbar, dass er auch gegen schärfste und nicht selten unfaire Kritik angemahnt hat, dass der Krieg keine Lösung ist und er schnellstens enden muss. Damit ist der Konflikt der beiden Nachbarstaaten noch lange nicht gelöst und die internationale Weltlage noch nicht wieder im Gleichgewicht, zumal zahlreiche weitere Konflikte in der Welt auch nur wenige Schritte von einem Krieg entfernt sind.

Das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung ihres Landes ist eine völkerrechtliche Selbstverständlichkeit. Die Aggression ist durch nichts zu rechtfertigen und hat in einem hohen Maße Vertrauen zerstört.

Und dennoch muss auch eine Antwort auf die Frage gefunden werden, welche Sicherheitsgarantien akzeptieren wir für Russland? Frankreichs Präsident Macron hat ebenso, wie unser Ministerpräsident darauf hingewiesen, dass es für den Frieden in Europa notwendig ist, auch dafür eine Antwort zu geben.

Die Wirtschaft lebt vom Austausch und vom ungehinderten Handel. Dafür brauchen wir Frieden. Und dennoch stelle ich diese Forderung hinter die menschliche Perspektive zurück. Wir dürfen uns nicht an Meldungen gewöhnen, dass Tag für Tag Menschen durch Menschen getötet werden. Ich weiß, dass die Wehrtechnik notwendig ist, aber ich möchte mich nicht an die werbenden Aussagen mancher deutscher Politiker oder Medien gewöhnen, die die Vorzüge von Feuerkraft und die Fähigkeit zur Zerstörung geradezu loben. Ich weiß nicht, wie Sie, meine Damen und Herren das sehen.

Ich unterstützte Ministerpräsident Michael Kretschmar ausdrücklich in seiner Position, dass dieser Krieg unverzüglich beendet werden muss. Dann hört erst einmal das endlose Töten und zerstören auf, auch wenn es noch lange keine dauerhafte Lösung für den Konflikt wäre.

Meine Damen und Herren,  
bis vor wenigen Wochen hatten wir eine andere Krise, die unsere Gesellschaft, ja große Teile der Welt im Griff hatte: die Pandemie. Wir alle waren betroffen und der Wunsch nach Gesundheit kletterte im Ranking nach Oben, vorbei an allerlei materiellen Wünschen und politischen Projekten.

Es gab wochenlang kaum noch ein anderes Thema, als die aktuellen Zahlen von Corona-Infizierten. Mit dem größer werdenden Abstand zu diesem globalen Ereignis muss die Frage gestellt und letztlich im Diskurs beantwortet werden, wie konnte das geschehen, dass sich der Blick von so vielen Menschen auf ein einziges Gesundheitsthema verengt hat.

Die Krisenvorsorge des Staates war schlecht, auch wenn man teilweise glauben konnte, mit der gigantischen Neuverschuldung im Bund und in den Ländern würde es schon besser.

Auch in jenen Monaten mussten die Unternehmen klarkommen, mussten ihre Produkte und Dienstleistungen herstellen, damit die Versorgung der Bevölkerung gesichert werden konnte.

Das Home-Office wurde nahezu als Segen für die Menschheit gefeiert und dabei völlig übersehen, dass der Bäcker weiterhin frühmorgens in der Backstube war, der Busfahrer in seinem Bus, die Krankenschwester im Krankenhaus, der Handwerker auf der großen oder kleinen Baustelle und viele andere in ihren Betrieben und Läden, um dort ganz konkrete, von uns allen dringend benötigte Dinge, physisch herzustellen und die Infrastruktur im Gange zu halten.

Wir brauchen sicherlich eine bessere Vorsorge für solche Krisenfälle, aber auch für Naturereignisse, wie wir es 2002 in Sachsen und die Menschen im Ahrtal 2021 hatten. Ziel muss es sein, dass das staatliche Handeln bessere Ergebnisse bringt und nicht nur gigantisch viel Geld verzehrt wird, dass der Steuerzahler erst erwirtschaften muss.

Die verfassungsgemäße Tilgung der so genannten Corona-Schulden – in Sachsen reichlich 3 Mrd. Euro – steht ab nächstem Jahr an und das ist richtig so.

Unser Ministerpräsident hat recht:

Wir müssen auch dieses Thema in eigener Verantwortung lösen und nicht der „letzten“, aber auch nicht der nächsten Generation überlassen.

Bei der Aufarbeitung dieser Krise dürfen wir nicht vergessen, dass wir sehr lange gerungen haben, damit auch kleine Unternehmen eine vergleichbare Unterstützung bekamen, wie Großunternehmen. Die zeitweise Schließung der Staatsgrenze zu Tschechien hat uns bei der europäischen Einigung ein ganzes Stück zurückgeworfen, weil die Grenze plötzlich doch wieder trennte, obwohl sich der Virus selbst nicht daran hielt.

Die Vorschriften kamen oft über das Wochenende oder auch noch kürzer. Dank einer großen Kraftanstrengung in den Unternehmen ist die Wirtschaft nicht zusammengebrochen, haben die Betriebe und der Handel erfolgreich ihre Verpflichtungen weiter erfüllt.

Die Handhabung manch staatlicher Regelung hat tiefen Frust und Enttäuschung gerade bei den kleinen und mittelgroßen Unternehmen hinterlassen, die sich abgestraft und verlassen vorkommen mussten. Diese Wunden sind noch nicht verheilt, schmerzen bis heute und können auch in Sonntagsreden nicht gelindert werden.

Ich hoffe und erwarte in diesen Fällen mehr Empathie und Pragmatismus der Verwaltung im Land und im Bund.

Es bleibt für heute an dieser Stelle: Der Wunsch für viel Gesundheit - für uns alle.

Meine Damen und Herren,  
ich komme zum dritten Teil meines Neujahrsgrußes an Sie: dem Erfolg.

Ich nehme dazu noch einmal kurz den Faden zur Gesundheit auf. Ein jeder von uns hat schon selbst oder in der Familie erlebt, wie dankbar man ist, wenn es eine gute gesundheitliche Versorgung gibt.

Das leistungsfähige Gesundheitswesen ist möglich durch die hohen Leistungen der Menschen in diesem Bereich, aber die wesentliche Voraussetzung ist der Erfolg – wirtschaftlicher Erfolg. Als Teil unseres Sozialstaates steht das Gesundheitswesen dank der Beitragsgelder der Versicherten und ihrer Betriebe, wie auch der Steuermittel aus der Gesellschaft bereit, zu helfen.

In anderen Bereichen ist es ähnlich. Kultur und Bildung können und wollen wir uns leisten, weil wir wirtschaftlichen Erfolg haben.

All diese Bereiche sind für unser Gemeinwesen, für uns alle sehr wertvoll. Deshalb ist es richtig, dafür finanzielle Mittel und materielle Güter bereitzustellen.

Dies ist nur möglich durch die fleißige Arbeit vieler Menschen in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, in den großen, global agierenden Firmen, aber vor allem auch im regional so stark verwurzelten Mittelstand. Wirtschaft ist kein Selbstzweck – sie ist die notwendige Grundlage für unser Gemeinwesen.

Für den Erfolg reicht allein der Fleiß der Mitarbeiter nicht aus. Die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften haben einen großen Stellenwert, der in einer globalen, im Wettbewerb stehenden Wirtschaft, noch an Bedeutung gewinnt. Das weiß eigentlich jeder, so denkt man. Oder vielleicht doch nicht?

Bundespräsident Roman Herzog verwies in seiner historischen „Ruck-Rede“ von 1997 darauf, dass ein Umsetzungsproblem bestehen würde, das Erkannte durch aktives Handeln auch zur Wirkung zu bringen.

Ich habe zunehmend den Eindruck, dass wir in größeren Teilen der Gesellschaft - auch der so genannten Eliten - wieder ein Erkenntnisproblem haben, von der Bereitschaft zur Umsetzung ganz zu schweigen. Jeder hat Vorschläge für neue Themen und Projekte, wie wir leben wollen oder ideologisch wird vorgeben wie wir leben sollen. Aber für die Frage „Wovon wollen wir leben?“ interessieren sich nur wenige.

Der Erfolg der Reformjahre, den der damalige Kanzler Schröder mit seiner Agenda 2010 ausgelöst hatte, ist Geschichte. Aber unsere Gesellschaft und da schließe ich die Wirtschaft per se nicht aus, hat sich auf diesem Erfolg ausgeruht und ist bequem geworden. So richtig deutlich wurde dies im Sommer 2022, als sehr schnell 2.000 türkische Staatsbürger für 2 Monate als „Gastarbeiter“ eingeflogen werden sollten, um den Deutschen den Koffer zum Urlaubsflieger zu schieben! Es waren nur ganz wenige, die diese Einladung annehmen wollten. Ein Projekt der Bundesregierung, das erfolglos blieb.

Wichtige Reformen wie jene der Alterssicherung sind nicht gelöst. Neue Herausforderungen sind seit dem dazu gekommen und leider ist auch die „Friedens-Dividende“ aufgezehrt. Und nun? Welche Schlussfolgerungen ziehen wir?

Die Herren Olaf Scholz und Hubertus Heil beklagen den Fachkräftemangel, den sie selbst erst mit der Rente mit 63 maßgeblich beschleunigt haben. Minister Heil fordert von der Wirtschaft, Ältere als Arbeitnehmer zu akzeptieren. Das ist unverfroren. Herr Scholz als Kanzler bittet nun die Menschen länger zu arbeiten. Glaubwürdig wird seine Position erst dann, wenn er den politischen Fehler der Vergangenheit nicht nur erkennen, sondern auch korrigieren würde.

Immer wieder kommt die Rente mit 70 ins Gespräch. Vor einer pauschalen Verlängerung sehe ich da andere Notwendigkeiten einer Reaktion, so unter anderem:

1. Sofortige Rücknahme der abschlagsfreien Rente mit 63
2. Keine weiteren Maßnahmen der Politik, die zu neuen Freistellungen führen, wie z. B. der geplante Vaterschaftsurlaub auf Bundesebene, kein extra Bildungsurlaub auf Landesebene, aber auch keinen zusätzlichen Feiertag zum Frauentag am 8.März wie von Verdi über einen Volksantrag initiiert werden soll.
3. Sofortige Beendigung der telefonischen Krankschreibung. Der Kranke gehört zum Arzt, der aus guten Gründen verpflichtet ist, seinen Patienten zu sehen und zu untersuchen, bevor er eine so weitreichende Entscheidung trifft.
4. Steuerung der gesellschaftlich bedarfsgerechten Berufswahl und einer strukturierten Ausbildung zur Ermöglichung des schnelleren Einstiegs ins Berufsleben.

Die Liste zu prüfender Sachverhalte ist noch viel länger. Die Realität wird uns dazu zwingen, sie entschlossen zu prüfen. Wir kommen nicht umhin, als Gesellschaft in unserem Arbeitsleben wieder länger und mehr zu arbeiten. Die Schaffung realer Werte – auch Produkte und Dienstleistungen genannt – muss wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens rücken. Nur mit der Nachweisführung, Kontrolle, Gängelung und Verwaltung ist es nicht getan.

An diese Stelle gehört auch die Kritik, dass sich der öffentliche Dienst im Bund und leider auch in Sachsen immer weiter aufbläht. Die Effizienz sinkt und die dauerhaften Kosten steigen. Was ebenfalls sehr bedenklich ist, dass der öffentliche Dienst damit der Wirtschaft einen wesentlichen Teil an Fachkräften entzieht, die an anderer Stelle Werte schaffen müssten. Zum ehrlichen Diskurs gehört es auch, die anhaltende Verkürzung der Arbeitszeit in der Wirtschaft zu kritisieren. Das verstehe ich auch als Selbstkritik an die Wirtschaft gerichtet. Die 40-Stunden-Woche muss nicht nur stillschweigend geduldet werden, sondern sie muss wieder zur gesellschaftlichen Norm in ganz Deutschland werden. Der eine oder andere kennt bereits meine Meinung und trotzdem wiederhole ich Sie: Nicht der Osten arbeitet zu lange sondern der Westen zu kurz.

Anders ist der Wohlstand angesichts der demografischen und der wettbewerblichen Herausforderungen in unserem Land nicht zu halten. Die Herausforderungen sind groß und verlangen besondere Anstrengungen. Sie bieten aber auch große Chancen, wenn diese entschlossen ergriffen werden.

Die bisherige Energiewende ist gescheitert und muss neu aufgesetzt werden. Versorgungssicherheit, Umweltschutz und bezahlbare Energiekosten müssen gleichberechtigt und ideologiefrei als Prüfkriterien zur Anwendung kommen.

Die erneuerbaren Energieträger gehören ganz zentral dazu. Aber auch für sie müssen diese Prüfkriterien gelten. Meine Rede würde viel zu lang werden, wenn ich jetzt die Vielzahl von Problemen, von der Planung bis zur Abnahme von Projekten alle ausführlich behandeln würde.

Exemplarisch will ich herausgreifen:

- Fehlende Planungskapazitäten wegen drastisch sinkender Studentenzahlen in der Elektrotechnik
- Zeitverlust durch schwerfällige Genehmigungsbehörden
- Weigerung der Tarifparteien, das verfügbare Arbeitszeitvolumen tarifrechtlich zu erhöhen für die Herstellung und Montage dieser doch so wichtigen Produkte. Die Tarifparteien verlieren damit nicht ihre formale Legitimation, aber ihre reale Bedeutung.

In Summe fehlt es an Ingenieur- und Produktionskapazitäten, um die national und international möglichen Aufträge auch für sächsische Unternehmen zu gewinnen.

Im Home-Office mit einer 35-Stunden-Woche und ständig wachsenden Freistellungsansprüchen, die Politik, die Gesetzgeber und die Rechtsprechung schaffen, ist das Problem faktisch nicht zu lösen. Wenn die Energiewende gelingen soll, braucht es nicht nur Schaltschränke und Wärmepumpen in erheblichem Maße. Auch ein Windrad muss erst gegossen und dann mit mechanischen und elektronischen Produkten und Elementen vor Ort komplettiert werden.

Die Bundesregierung hatte ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft versprochen, tut aber leider nichts dafür. Im Gegenteil: Beständig neue Regelungen werden der Wirtschaft auferlegt, aber nicht nur für die Prozesse in der Wirtschaft selbst, sondern auch als Beauftragter des Staates. Obwohl er immer größer wird, verteilt der Staat immer mehr Aufgaben auf die Unternehmen, die er dann selbstverständlich gewissenhaft und gründlich auch mit neuen Behörden kontrolliert.

Lebensfremd sind immer mehr Vorschriften, aber ganz besonders das gerade in Kraft getretene Lieferkettengesetz. Es verpflichtet formal „nur“ Großunternehmen mit über 3.000 Mitarbeitern. Diese formal betroffenen Großunternehmen haben jedoch längst ihre mittelständischen Lieferanten und Dienstleister, auch jene ohne eine solche staatliche Verpflichtung, mittels Rahmenverträgen beauftragt, sich „freiwillig“ den Regularien zu unterwerfen. Nur unter dieser Bedingung erhält der Mittelstand weitere Aufträge und die Großunternehmen können dem Gesetz genüge tragen.

Die weltweite Einhaltung gesellschaftlicher Standards wie der Menschenrechte wird jetzt auf Unternehmen verlagert, die keine Voraussetzungen haben, weltweit garantieren zu können, was man sich in unseren hiesigen praxisfremden parlamentarischen Studierstuben oder Parteibüros ausgedacht hat.

Das ist lebensfremd und dient nur dem Aufbau von Beratungs- und Zertifizierungsstellen, die für viel Geld Ablassbriefe a la Tetzl erstellen.

Die EU diskutiert eine Richtlinie, die für die Unternehmen nicht beherrschbar sein wird. Was macht die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien? Sie stimmen den Inhalten der

EU-Richtlinie prinzipiell zu und setzen dennoch zum 01.01.2023 ein deutsches Gesetz um, bevor die Richtlinie aus Brüssel verbindlich wird. Das meine Damen und Herren, das ist der Bürokratieabbau in Deutschland 2023!

Lesen Sie die Reden einiger Abgeordneter im deutschen Bundestag in der Debatte im Dezember 2022. Sie strotzen vor Unkenntnis, Arroganz und Scheinheiligkeit. Warum gibt es kein Vorgehen, wie beispielsweise bei den Airlines? Dort existiert eine „schwarze Liste“ von Unternehmen, die keine Landerechte in der EU bekommen, weil sie wichtige Vorschriften nicht einhalten. Der Staat prüft Vorfälle und entscheidet.

Beim Lieferkettengesetz sollen Unternehmen anstelle des Staates weltweit garantieren, dass alle Lieferanten in der Lieferkette beginnend z.B. bei der Gewinnung und Verhüttung des Eisenerzes unsere deutschen und die EU-Vorschriften erfüllen.

Das ist nicht umsetzbar und nur ein besonders krasses Beispiel für die beständig steigende Belastung der Wirtschaft, anstelle des angekündigten Belastungsmoratoriums, geschweige denn eines Abbaus der längst überbordenden Bürokratie.

Für mich stellt sich die Frage ob die Wirtschaft der Reparaturbetrieb oder die Nothilfestation der Politik ist, die Ihre eigenen Vorgaben und Kernaufgaben nicht umsetzen kann.

Die Rede von Bundespräsident Roman Herzog ist jetzt nahezu 26 Jahre her. Seiner „Ruck-Rede“ folgten viele Debatten und Jahre später die Reformen der Agenda 2010. Die Debatten müssen sein. Meinungsstreit gehört zur Demokratie. In der Sache hart, aber stets mit dem Respekt vor dem Anderen.

Unser Ministerpräsident Michael Kretschmer ist für diese demokratische Selbstverständlichkeit ein sehr respektabler Vertreter. Er stellt sich dem Disput, teilt aus und steckt ein. Angesichts der Feigheit anderer, sich einem Meinungsstreit offen zu stellen, ist dies ihm sehr hoch anzurechnen.

Wie oft erleben wir alle, dass es unter vier Augen eine ganz erstaunliche Positionierung gibt, aber leider oft verbunden mit der Entschuldigung, man könne sich der Kritik öffentlich nicht anschließen, weil es nicht opportun sei.

Wir haben heute Abend – aber nicht nur heute – die Möglichkeit, unsere Meinungen offen und frei zu äußern. Konsequenz in der Sache und respektvoll im Umgang miteinander.

An einem begleitenden guten Glas Wein wird es dabei nicht fehlen. Nach der Erkenntnis und der Kommunikation kommt dann hoffentlich die Umsetzung.

Da muss ich noch einmal auf Kanzler Schröder im Jahr 2005 zurückkommen, weil er damals eine für unser Land sehr aner kennenswerte Leistung vollbracht hat.

Er hat demokratisch legitimiert, die als notwendig erkannten Veränderungen nicht nur zu diskutieren und zu kommunizieren, sondern letztlich ihre Umsetzung eingeleitet, wohlwissend, dass er dafür viel Kritik einstecken werden wird und der Amtsverlust drohen kann. Und dennoch hat er gehandelt und Deutschland ging es danach besser. Auch wir müssen heute die Themen offen ansprechen und ausstreiten, um die beste Lösung für unser Land zu finden.

Und dann werden auch wir den Koffer und die Karre wieder mehr selbst schieben müssen und können nicht auf die fleißigen Hände von außen warten. Jede weitere Fachkraft, die dazu kommt, sei herzlich willkommen.

Umso mehr Zugpferde wir haben, umso weniger in der Kutsche sitzen, umso besser sollte es uns danach gehen.

Nutzen wir dazu die marktwirtschaftlichen Prinzipien, Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Eigenverantwortung und Solidarität, die unsere gesellschaftliche Entwicklung und den heutigen Wohlstand ermöglicht haben.

Vielen Dank!